

# Neues vom GATS: Die Daumenschrauben werden angezogen...

## Eine Analyse der Benchmark-Offensive der EU in den aktuellen GATS-Verhandlungen

Von David Hachfeld\*

Nach dem Scheitern der letzten WTO-Ministerkonferenz in Cancun im Herbst 2003 ist es um das GATS-Abkommen scheinbar ruhig geworden. Die EU und andere Industriestaaten waren mit ihrem Vorstoß, die WTO um vier neue Abkommen zu erweitern, mit wehenden Segeln untergegangen und die Organisation schien fürs erste blockiert. Bis zum Sommer 2004, als mit dem sogenannten Juli-Paket die Verhandlungen in den verschiedenen WTO-Bereichen wieder offiziell auf den Weg gebracht wurden, schien auch im Sachen GATS nichts voranzugehen. Und obwohl im Juli-Paket auch für den Dienstleistungsbereich neue Fristen festgelegt wurden und seit dem zahlreiche neue Verhandlungspapiere bei der WTO eingegangen sind, konnte man angesichts der konsequenten Ignorierung des Themas in den deutschsprachigen Medien den Eindruck bekommen, in Sachen GATS gäbe es gerade keine Bewegung.

Doch der Schein trügt: Weitgehend abseits der Öffentlichkeit, und verschleiert durch eine Vielzahl wohlklingender Erklärungen, versucht die Europäische Kommission nach wie vor auf Hochtouren die GATS-Verhandlungen im Interesse ihrer Dienstleistungsindustrie voranzutreiben. Der letzte Vorstoß der EU ist ein bisher nicht veröffentlichtes Papier, in dem die EU eine drastische Verschärfung des Verhandlungsmodus fordert.<sup>1</sup> Der inzwischen international unter dem Stichwort Benchmark-Offensive bekannt gewordene Vorstoß der EU sieht im Kern vor, in zwei entscheidenden Punkten vom bisherigen Verhandlungsmodus abzuweichen: Zum einen sollen die Staaten gezwungen werden, ein Mindestangebot vorzulegen, also eine bestimmte Anzahl von Sektoren und Untersektoren zu liberalisieren. Zum anderen sieht das Papier die Einführung von weitergehenden, plurilateralen Verhandlungen vor.

Dieser Artikel gibt anfangs einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der GATS-Verhandlungen und unterzieht anschließend den Benchmark-Vorstoß der EU einer kritischen Analyse.

## Rückblick: Was bisher geschah...

Wie im Vertragstext vorgesehen, jedoch aufgrund des Scheiterns der Ministerkonferenz von Seattle mit einem Jahr Verspätung, startete 2001 eine neue Verhandlungsrunde des Dienstleistungsabkommens. Das Ziel der Verhandlungen: Die fortschreitende Liberalisierung der Welthandels mit Dienstleistungen. Die Mitglieder sollten also ihre 1994 bei der Gründung der WTO bzw. bei ihrem Beitritt zur Organisation festgeschriebenen Liberalisierungsverpflichtungen erweitern, indem sie ihre Märkte öffnen (Marktzugang) und allen Unternehmen, egal ob in- oder ausländischen, dieselben Profitmöglichkeiten sichern (Inländerbehandlung).

Zum Leidwesen der Europäischen Kommission, und insbesondere der europäischen Dienstleistungskonzerne, als deren Interessenvertreterin sie sich versteht, sind diese Verhandlungen bisher nur schleppend vorangekommen. Bis März 2003, der offiziellen Frist der WTO, hatten nur die wenigsten Länder überhaupt ein Angebot (Offer) vorgelegt. Bis Juli 2005, mehr als zwei Jahre später, haben 92 der 147 WTO-Mitglieder Offerten gemacht, die jedoch in den Augen der Vorsitzenden der Dienstleistungsverhandlungen bei der WTO nicht weit genug gehen. In letzten Report an das Trade Negotiations Committee<sup>2</sup> bemängelt sie, dass die eingegangenen Angebote nur wenige neue Zugeständnisse und weiterhin viele Ausnahmen enthielten. Die Folge: „Nur wenige, wenn nicht sogar überhaupt

---

\* Der Autor ist aktiv in der AG Weltwirtschaft und WTO von Attac-Deutschland. Kontakt: [post@davidhachfeld.de](mailto:post@davidhachfeld.de).

<sup>1</sup> European Commission (2005): Non Paper on Complementary Methods for the Services Negotiations. Online unter: <http://www.attac.de/gats/non-paper0509.php> (download 05.09.2005).

<sup>2</sup> Das ist der zentrale Rat der Aktuellen WTO-Verhandlungen, in dem die Ergebnisse aus allen Verhandlungsbereichen, also auch zu Agrargütern und NAMA, zusammenfließen.

keine neuen Geschäftsmöglichkeiten würden dabei für Dienstleistungsunternehmen entstehen.“<sup>3</sup> Dass die EU sich im nun vorgelegten Benchmark-Papier auf eben diese Feststellung bezieht, macht deutlich, warum die Gemeinschaft nun erneut in die Offensive geht.

2002 hat die EU an 109 andere WTO-Mitglieder (davon 94 sogenannte Entwicklungsländer) aggressive Marktöffnungsforderungen (Requests) übermittelt, die bis heute nicht offiziell, sondern nur Dank einer undichten Stelle in der Kommission von Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden.<sup>4</sup> Darin fordert die EU ohne Rücksicht auf besondere nationale Begebenheiten oder den Entwicklungsprozess der jeweiligen Länder Marktöffnung im Interesse europäischer Konzerne. Besonders drastisch, und deshalb zurecht ein zentraler Kritikpunkt, sind die Forderungen an 72 Länder, ihre Wasserversorgung zu liberalisieren. Doch auch andere Forderungen, etwa in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Einzelhandel, Tourismus etc. hätten negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, sollten sich die Länder dem Druck der EU beugen.<sup>5</sup> Bereits die bisher eingegangenen Liberalisierungen haben zu einer Verringerung der gesellschaftlichen Steuermöglichkeiten geführt, was insbesondere für öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Bildung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen und öffentlicher Verkehr) und sensible Schlüsselbereiche wie Finanzdienstleistungen verheerende Konsequenzen hat.

Im krassen Gegensatz zu ihrem aggressiven Forderungen an fast alle WTO-Mitglieder hat die EU selbst lediglich von 21 Staaten Forderungen erhalten hat.<sup>6</sup> Das macht deutlich, dass viele Länder, insbesondere sogenannte Entwicklungsländer, kein gesteigertes Interesse an einer weiteren Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte haben. Das ist auch nicht verwunderlich, sind es doch in erster Linie die großen Dienstleistungskonzerne aus Industrieländern, die von weitem Marktöffnungen profitieren, indem sie mit ihrer globalen Marktmacht lokale Konkurrenten verdrängen. Dienstleistungsunternehmen aus Ländern des Globalen Südens, die in der Lage wären, auf dem Weltmarkt mitzuspielen, sucht man vergebens.

Da die Verhandlungsstruktur der WTO jedoch vorsieht, dass sämtliche Abkommen in einem einzigen Verfahren verhandelt werden (single-undertaking), wurden und werden sogenannte Entwicklungsländer von den strukturell dominierenden Industrieländern, allen voran der EU und den USA, immer wieder gezwungen Verhandlungen in Bereichen zu führen, in denen sie nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren haben. Forderungen, die Verhandlungen nicht weiterzuführen, solange es keine umfassenden Untersuchungen über die sozial-, entwicklungs-, umwelt- und geschlechterpolitischen Folgen von Dienstleistungsliberalisierungen gibt, werden vollständig ignoriert.

## **Das Märchen von der Flexibilität**

In Reaktion auf zivilgesellschaftliche Kritik an ihrer aggressiven Verhandlungsführung im Dienste der europäischen Konzerne beruft sich Kommission immer wieder auf die Flexibilität des GATS-Abkommens:<sup>7</sup> Das GATS-Abkommen, so lautet die These, übe keinerlei Druck auf Länder aus, ihre Märkte zu liberalisieren, im Gegenteil: Die Regierungen könnten individuell entscheiden, in welchen Sektoren und für welche Erbringungsarten und mit welchen Ausnahmen sie ihrer Märkte öffnen. Aus diesem Grund seien die bekannt gewordenen Forderungen an die 109 Länder auch lediglich als Empfehlungen zu verstehen. Bereits heute ist das Gerede von der Flexibilität des GATS an Heuchelei kaum zu überbieten, wird dabei doch immer unter den Tisch fallen gelassen, dass einmal gemachte

---

<sup>3</sup> Eigene Übersetzung. “Few, if any, new commercial opportunities would ensue for service suppliers”. WTO (2005): Special Session of the Council for Trade in Services. Report by the Chairman to the Trade Negotiations Committee. TN/S/20. 11.07.2005.

<sup>4</sup> Die Request sind dokumentiert unter: <http://polarisinstiute.org/gats/Main.html> (download 03.09.2005),

<sup>5</sup> Zur Analyse der GATS-Forderungen der EU sein empfohlen: Brot für die Welt, EED, WEED (2003): Wessen Entwicklungsagenda? - Eine Analyse der GATS-Forderungen der Europäischen Union an die Entwicklungsländer. Stuttgart/Bonn/Berlin.

<sup>6</sup> Europäische Kommission GD Handel (2002): Anträge der WTO-Mitglieder an die EG und ihre Mitgliedstaaten auf verbesserten Marktzugang für Dienstleistungen. Konsultationspapier. Online unter: <http://trade-info.cec.eu.int/doclib/html/112333.htm> (download 03.09.2005).

<sup>7</sup> Vgl. dazu beispielsweise: European Commission (o.J.): Trade in Services. Online unter: [http://europa.eu.int/comm/trade/issues/sectoral/services/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/trade/issues/sectoral/services/index_en.htm) (download 3.09.2005).

Verpflichtungen alles andere als flexibel sind. Im Gegenteil: sie können nur schwer und nur gegen massive Entschädigungen in anderen Bereichen rückgängig gemacht werden. Ebenfalls nicht erwähnt wird, dass Länder, um überhaupt in die WTO aufgenommen zu werden, bereits umfangreiche Liberalisierungsverpflichtungen eingehen müssen, und dass in den Verhandlungen massiver Druck ausgeübt wird, etwa mit der Drohung, Kredite, Entwicklungshilfe oder Handelsvergünstigungen zu streichen. Die Flexibilität liegt hier ganz auf Seiten der Industrieländer, die flexibel auswählen können, welchen Daumenschrauben sie unwilligen Regierungen anlegen, um sie wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Mit dem nun bekannt gewordenen Benchmark-Vorschlag der EU wird das Gerede von der Flexibilität des GATS endgültig zur Farce.

## **Benchmarks – Die neue Offensive der EU**

Dass die EU nicht bereit ist, auf ihre Forderungen zu verzichten und ignoriert, dass viele Länder aus guten Gründen kein Interesse an weiteren Dienstleistungsliberalisierungen haben, zeigte sich bereits Anfang des Jahres. Zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte die Gemeinschaft die Überarbeitung ihrer Forderungen an die anderen WTO-Mitglieder, jedoch wiederum nur in einer unzureichenden und intransparenten Zusammenfassung. Mehr als ein rhetorisches Bekenntnis zur Entwicklungspolitik und zu öffentlichen Dienstleistungen ist ihr nicht zu entnehmen, von einer Abschwächung oder gar Rücknahme bestimmter Forderungen ist nirgendwo die Rede.<sup>8</sup>

Da jedoch der bisherige Verhandlungsansatz (Request-Offer-Prozess) bisher nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht hat, und auch der Lobbyverband der europäischen Dienstleistungsindustrie (ESF) größere Liberalisierungsanstrengungen verlangte,<sup>9</sup> startete die Kommission nur wenige Wochen vor der Sitzung des Allgemeinen Rates der WTO Ende Juli 2005 in Genf ohne irgendeine erkennbare Absprache mit den EU-Mitgliedsstaaten eine neue Offensive, um den Verhandlungen eine neue Richtung zu geben.

Der Vorschlag der EU, der zuerst mit dem Titel „Common Baseline for the services Negotiations“ während eines informellen Treffens am 24. Juni 2005 in Genf auftauchte, liegt inzwischen in einer überarbeiteten, im Kern jedoch unveränderten, Ende August durchgesickerten Fassung vor, die als Diskussionsgrundlage für das Treffen des 133er Ausschusses<sup>10</sup> am 6. September 2005 dienen soll.

## **Eine Verhandlungsformel für das GATS?**

Der zentrale Vorschlag der EU ist die Einführung einer Verhandlungsformel im Dienstleistungsbereich. Solche Formeln gibt es für die Verhandlungen in anderen WTO-Abkommen bereits (Agrargüter, NAMA<sup>11</sup>), sie dienen in erster Linie der Beschleunigung der Verhandlungen. Obwohl es meist Sonderregelungen für sogenannte Entwicklungsländer und LDC's<sup>12</sup> gibt, zeigen die Erfahrungen, dass gerade diese Länder in der Praxis die größten Nachteile auf ihrer Seite hatten, während es Industrieländern stets möglich war, sensible Bereiche zu schützen. Die EU fordert nun, dass jedes WTO-Mitglied eine bestimmte Zahl an Untersektoren<sup>13</sup> und Erbringungsarten (Modes) liberalisieren muss. Be-

---

<sup>8</sup> European Commission (2005a): Summary of the EC's Revised Requests to Third Countries in the Services negotiations under the DDA. Brüssel, 24.01.2005. Online unter:

<http://trade-info.cec.eu.int/doclib/html/121197.htm> (download 04.09.2005).

<sup>9</sup> European Services Forum (2005): Re: Urgent need for further progress in the WTO Services negotiations. Brief an Peter Mandelson. Brüssel, 06.04.2005. Online unter: <http://www.esf.be/pdfs/ESF2005-01%20Peter%20Mandelson%20GATS%20final%20logo.pdf> (download 04.09.2005).

<sup>10</sup> Der 133er Ausschuss dient gemäß Art. 133 des Nizza-Vertrages der Koordinierung der Europäischen Handelspolitik. An den von der Generaldirektion Handel geleiteten Sitzungen nehmen Vertreter aller Mitgliedsstaaten teil. Einladungen und Protokolle der Treffen sind nicht öffentlich.

<sup>11</sup> Non-Agricultural Market Access.

<sup>12</sup> Least developed countries. Von der UN klassifizierte Gruppe der „am wenigsten entwickelten Länder“.

<sup>13</sup> Für eine Auflistung der Sektoren und Untersektoren siehe: World Trade Organization (1991): Services Sectoral Classification List. Note by the Secretariat. MTN.GNS/W/120. 10.06.1991.

stimmte Ausnahmen und Einschränkungen, wie etwa die Vorgabe der kommerziellen Präsenz für grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung (Mode 1) oder das Verbot des Mehrheitsbesitzes für ausländische Unternehmen bei Investitionen (Mode 3) sollen nicht mehr möglich sein. Damit soll sichergestellt werden, dass die Angebote mindestens den Umfang haben, den die EU als Vergleichspunkt (Benchmark) für ausreichende Liberalisierungsanforderungen festzuschreiben will. Die Anzahl der zu liberalisierenden Untersektoren ist im bisherigen Vorschlag noch nicht spezifiziert. Dem Papier ist lediglich zu entnehmen, dass es unterschiedliche Zahlen für Industrieländer, sogenannte Entwicklungsländer und LDC's geben könnte. Die EU lässt allerdings keinen Zweifel daran aufkommen, dass es ihr nicht um ein paar gut ausgewählte Angebote in einzelnen Bereichen geht, sondern um eine umfangreiche Öffnung einer ganzen Bandbreite von Sektoren. „Die Mitglieder,“ so der Vorschlag, „sollten den Bereichen Priorität einräumen, die aus der Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung am relevantesten sind, insbesondere Infrastrukturdienstleistungen und den Bereichen, in denen sie die meisten Forderungen von anderen Mitgliedern bekommen haben.“<sup>14</sup>

Bedenkt man, dass die EU derzeit zu den aggressivsten Forderern gehört, macht dieser Vorschlag erneut deutlich, dass es der Kommission um die Interessen europäischer Großkonzerne geht. Würde der Entwurf der EU in die Tat umgesetzt, würde sich die Struktur der Verhandlungen umkehren. Damit nähme Realität an, was KritikerInnen des GATS von Anfang an befürchtet haben: Statt dem bisherigen Verfahren, wonach jeder Staat, zumindest dem Papier nach, nur die Bereiche liberalisieren muss, die er auch liberalisieren will (bottom-up), stünde nun grundsätzlich jede Dienstleistung zur Disposition. Die fortschreitende Liberalisierung würde damit quasi zum Automatismus. Bereits bei der Aushandlung der GATS-Prinzipien versuchten zentrale Industrieländer, den Forderungen ihrer Dienstleistungskonzerne entsprechend, einen solchen top-down Ansatz durchzusetzen. Sie mussten jedoch einen Rückzieher machen, da das GATS sonst insgesamt zu scheitern drohte, wehrten sich doch viele sogenannte Entwicklungsländer grundsätzlich gegen das Dienstleistungsabkommen. Nun, 10 Jahre später, versucht die EU also die vor 10 Jahren verpasste Chance durch eine Änderung des Verhandlungsmodus doch noch zu nutzen.

Und das ist ihr noch nicht genug: Das Benchmark-Papier sieht außerdem vor, dass die Staaten, die bereits jetzt verhältnismäßig mehr Sektoren geöffnet haben, bei der aktuellen Runde weniger liberalisieren müssen.<sup>15</sup> Damit wären vor allem Länder benachteiligt, die dem Inkrafttreten des GATS-Abkommen 1994 nur zugestimmt haben, weil es ihnen möglich war nur wenige ausgewählte Sektoren zu liberalisieren und weil sie sich von anderen Bereichen der WTO-Verhandlungen Vorteile versprochen. Dies sind überwiegend sogenannte Entwicklungsländer. Sie müssten nun ihre Märkte weitreichend für transnationale Unternehmen öffnen, während sich die Industrieländer, aus denen diese Unternehmen fast ausschließlich kommen, sich erst mal zurücklehnen könnten.

## **Wer nicht mitmacht, fliegt raus!**

Neben dem Vorschlag für die Einführung einer Verhandlungsformel sieht das EU Papier auch die Möglichkeit für weitergehende plurilaterale Verhandlungen vor, also Verhandlungen die nicht alle Mitglieder einschließen, sondern nur solche, die in bestimmten Sektoren noch weitergehendere Liberalisierungen vereinbaren wollen. De facto ist dieser Vorschlag, den die EU als Ergänzung der multilateralen Verhandlungen präsentiert, ein schwerwiegendes Druckmittel um Länder zu zwingen weitere Liberalisierungsverpflichtungen einzugehen, denn wer nicht bereit ist mitzumachen, würde auch keine Handelsbegünstigungen bekommen. Damit macht die EU erneut deutlich, dass ihre Unterstützung von Multilateralismus im Welthandel nur in Sonntagsreden von Bedeutung ist: Im Alltag der Handelspolitik werden multilaterale Ansätze nur favorisiert, wenn sie den eigenen Interessen dienen. Tun sie das nicht, werden zentrale Prinzipien wie das Meistbegünstigungsprinzip (MFN) kurzerhand für ungültig erklärt. Länder, die nicht liberalisieren, werden zu Trittbrettfahrern erklärt und mit

---

<sup>14</sup> Eigene Übersetzung. „Members should give priority to those areas that are the most relevant from an economic development perspective, in particular the infrastructure related services sectors, and to areas where other Members have presented requests with a particular focus on sectors where the largest number of requests have been received“. European Commission (2005), a.a.O., § 4.

<sup>15</sup> Ebda, § 6.

diesem Vorstoß ausgeschlossen. Dass es gute Gründe geben kann, Sektoren nicht zu liberalisieren, wird von der Kommission nach wie vor ignoriert.

Der plurilaterale Vorstoß hat jedoch auch noch eine weitere Konsequenz, die auch in der EU massiv Auswirkungen haben würde. Mit dem Vorstoß wird das Prinzip der Reziprozität, das bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, in den GATS-Verhandlungen gestärkt: Länder, die von Liberalisierungen bestimmter Sektoren profitieren möchten, müssen ihrerseits diese Bereiche öffnen. Wenn die EU also ihre Exportinteressen etwa im Wasserbereich durchsetzen will, müsste sie diesen Sektor auch in der EU liberalisieren. KritikerInnen, die Angesichts der massiven Forderungen der EU im Wassersektor vor den negativen Folgen für die öffentliche Wasserversorgung in den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft gewarnt haben, werden damit in ihren Befürchtungen bestätigt. Die Kommission schafft sich damit selbst ein Druckmittel, um Liberalisierungen im Binnenmarkt, etwa mit der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie<sup>16</sup> und anderen sektoralen Richtlinien, weiter voranzutreiben.

Aufschlussreich ist auch die Art und Weise, wie sich die EU diese plurilateralen Verhandlungen vorstellt: Ausgangspunkt sollen sogenannte „informal Friends Groups“ sein. Das sind bereits existierende und aktiv arbeitende informelle Kreise von einigen zentralen Delegationen, die in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Unternehmenslobbyisten versuchen, Einfluss auf die Verhandlungen in bestimmten Wirtschaftsbereichen auszuüben. Indem die EU nun diesen Kreisen eine zentrale Rolle zuteilt macht sie klar, dass sie von transparenter Verhandlungsführung auch weiterhin nichts hält, solange es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht. Schließlich hat sich bisher schon oft bestätigt, dass Verhandlungen am besten laufen, wenn die gesellschaftliche und parlamentarische Öffentlichkeit außen vor bleiben. Demokratie ist eben schlecht fürs Geschäft.

## Und wie geht's weiter?

Sowohl der Inhalt der Vorschläge im Non-Paper, als auch die Art und Weise ihres Vorgehens machen deutlich, dass die Europäische Kommission an ihrer seit der Gründung der WTO bestehenden Praxis der Verhandlungsführung festhält: Mit aller Macht wird versucht, die Interessen der Europäischen Konzerne durchzusetzen, und Demokratie, Transparenz und entwicklungspolitische Zielsetzungen sind nicht mehr als rhetorische Floskeln, die kurzerhand über Bord geworfen werden, sollten die Verhandlungen mal nicht laufen wie geplant.

Diese knallharte Machtpolitik der Kommission ist stets auf heftige Kritik gestoßen, nicht zuletzt auch durch den Deutschen Bundestag, der 2003 in einem Beschluss forderte, die GATS-Verhandlungen müssten transparent gemacht und die Flexibilität gesichert werden.<sup>17</sup> Würde das Wirtschaftsministerium die Beschlüsse des Bundestages respektieren, so müsste es unverzüglich die Pläne der EU öffentlich machen und aufhalten. Doch da die Regierung Handelspolitik als exklusive Domäne der Exekutive versteht, muss wohl damit gerechnet werden, dass das Ministerium über den Vorstoß der Kommission hochofreut ist und sich bereits darauf vorbereitet, die Vorschläge Seit an Seit mit ihr in die Tat umzusetzen.

Unklar ist, ob die EU-Kommission mit der Benchmark-Offensive bisher eigenmächtig gehandelt hat, oder ob es zumindest informelle Absprachen mit einigen Mitgliedsstaaten gab. Auf einer offiziellen (allerdings nicht öffentlichen) Tagesordnung steht das Papier zum ersten mal auf der Sitzung des 133er Ausschusses am 6. September 2005. Da diese Treffen, die der Koordinierung der Europäischen Handelspolitik dienen sollen, von der Kommission dominiert werden und Protokolle nicht öffentlich sind, ist mit einem Stopp oder einer Abschwächung des Vorstoßes kaum zu rechnen. Stattdessen wird sich die Kommission darauf vorbereiten, im Vorfeld der nächsten GATS-Verhandlungstreffen vom 19. bis 30. September 2005 in Genf Druck im Sinne ihres Vorschlags aufzubauen. Bis zur WTO-Ministerkonferenz von Hongkong im Dezember dieses Jahres wird sie alles daran setzen, dass ihr Vorschlag Einfluss in die offizielle Erklärung finden wird. Ihr erklärtes Ziel ist es durchzusetzen, dass die GATS-Verhandlungen mit ähnlich scharfen Formeln wie die Agar- und NAMA-Verhandlungen weitergeführt werden. Sie kann sich dabei sicher sein, in dem neuen WTO-Generalsekretär und ehe-

<sup>16</sup> Siehe dazu: <http://www.attac.de/bolkestein/> (download05.05.2005).

<sup>17</sup> Deutscher Bundestag (2003): GATS-Verhandlungen – Transparenz und Flexibilität sichern. BT-Drs. 15/576.

maligen EU-Kommissar Pascal Lamy einen starken Verbündeten zu haben. Doch es gibt auch Widerstand aus offiziellen Kreisen: in einer ersten Stellungnahme hat beispielsweise die brasilianische Verhandlungsdelegation den Vorstoß zurückgewiesen.

Für alle, die sich mit der Machtpolitik der Kommission im Interesse der europäischen Dienstleistungskonzerne nicht abfinden wollen, dürfte klar sein, dass dieser neuen Offensive mit aller Kraft begegnet werden muss. Die Forderungen, sämtliche GATS-Dokumente öffentlich zu machen und die Verhandlungen sofort zu stoppen, hat sich mit dem Bundestagsbeschluss von 2003 und den rhetorischen Zugeständnissen in den Veröffentlichungen der Kommission nicht erledigt. Im Gegenteil: sie sind aktueller denn je.

Die WTO ist kein neutrales Verhandlungsforum, sondern ein Machtinstrument von Regierungen, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Konzerne vertreten. Auf das Platzen der Ministerkonferenz von Hongkong hinzuarbeiten und damit zu verhindern, dass die Pläne der Kommission Realität werden, ist die richtige Antwort auf diese Machtpolitik.

Berlin, September 2005.